

GERHARD BECHER

Wirtschaft, Wirtschaftsstruktur und internationale Verflechtung am Beispiel Niedersachsens

Kurzfassung

Vor dem Hintergrund der Diskussionen um das Süd-Nord-Gefälle in der Bundesrepublik analysiert dieser Beitrag Indikatoren zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Niedersachsen im Vergleich zum Bundesgebiet insgesamt, aber auch im Vergleich zu süddeutschen Bundesländern. Dabei zeigt sich, daß in Niedersachsen gemessen an Indikatoren wie Bruttoinlandsprodukt, Steuerkraft, Entwicklung des Arbeitsmarktes und Wirtschaftsstruktur nicht nur ein nach wie vor erhebliches und in vieler Hinsicht sogar wachsendes Entwicklungsgefälle existiert, sondern daß darüber hinaus die Wirtschaftsstruktur und internationale Wettbewerbsfähigkeit offenbar labiler und anfälliger wurde und damit die Chancen eher gesunken sind, die Vorteile einer sich weiter intensivierenden internationalen Arbeitsteilung auch in der Zukunft offensiv nutzen zu können. Diese Analyse offenbart damit zugleich einen nach wie vor bestehenden, wahrscheinlich sogar wachsenden Handlungsbedarf an zielgerichteter und vorausschauender Strukturpolitik in Niedersachsen.

Unterschiedliche Schwerpunkte und Tendenzen in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung süddeutscher Räume auf der einen und nord- und westdeutscher Regionen auf der anderen Seite haben in letzter Zeit die These vom wirtschaftlichen Süd-Nord-Gefälle in der Bundesrepublik zum Gegenstand zahlreicher öffentlicher Diskussionen gemacht¹. Ausmaß, Bedeutung und Ursachen dieser Entwicklung sind dabei allerdings umstritten, ebenso die Frage, ob eigentlich alle Länder des Nordens in gleichem Maße (oder überhaupt) von ihr betroffen sind². Unklar sind erst recht mögliche wirtschaftspolitische Konsequenzen, die Frage also nach denkbaren Strategien, die der Entwicklung des Nordens helfen könnten. In der Tat besteht hier, wie auch andere Autoren betonen, ein weiterer Forschungsbedarf, der nicht

zuletzt auch den internen Differenzierungsprozessen sowohl im Süden als auch im Norden Rechnung zu tragen hat³.

Eine besonders wichtige, zugleich aber umstrittene Rolle spielen darüber hinaus die folgenden beiden Problemkreise. Zum einen die Frage nach den regional unterschiedlichen Auswirkungen des allgemeinen sozioökonomischen und technologischen Wandels, die nicht zuletzt für den Gestaltungs- und Handlungsspielraum der Landes- und kommunalen Wirtschaftspolitik entscheidend ist⁴. Zum anderen die Frage nach den ebenfalls unterschiedlichen Folgen der sich verändernden internationalen Arbeitsteilung, wobei hier die sich zwischen den Industrieländern verschärfende Konkurrenzsituation ebenso zu beachten ist wie die sich auch in der Zukunft fortsetzenden Industrialisierungsbemühungen der sogenannten Schwellenländer, der wachsende Protektionismus, Umstrukturierungen der Weltnachfrage oder sich ändernde Wechselkurse⁵.

Vor diesem Hintergrund versucht der folgende Beitrag einige Aspekte der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Niedersachsen, der Wirtschaftsstruktur sowie der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der niedersächsischen Wirtschaft zu analysieren, wobei es allerdings weniger um eine möglichst exakte Beschreibung der konjunkturellen Lage in einem bestimmten, heutigen Augenblick geht, als vielmehr um den Verweis auf einige grundlegende Strukturmerkmale, die aus einem längeren Zeitraum herausgearbeitet werden können. Denn nur so ist die Sackgasse der häufig auf die kurzfristige Perspektive fixierten konjunkturpolitischen Diskussion zu vermeiden und der Blick auf längerfristige Belastungs- und Krisenfaktoren zu lenken, die den wirtschaftspolitischen Gestaltungsspielraum des Landes auch in der Zukunft beeinflussen werden. Mit Blick auf die eingangs angesprochene Debatte um das Süd-Nord-Gefälle wird darüber hinaus die Entwicklung der niedersächsischen Wirtschaft im folgenden nicht nur betrachtet im Vergleich zur Bundesentwicklung insgesamt, sondern auch im Vergleich zur Entwicklung in den süddeutschen Bundesländern⁶.

1. Zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts

Deshalb auch ist hier zunächst an die Tatsache zu erinnern, daß unzureichende Wachstumsraten, mit allen Folgen für Steuerkraft, Einkommensentwicklung und Zahl der vorhandenen Arbeitsplätze, für Niedersachsen bekanntlich kein neues Problem der Gegenwart darstellen. Vielmehr lagen die Zuwachsraten der niedersächsischen Wirtschaft schon in den Jahren des „Wirtschaftswunders“ durchweg deutlich unter dem Bundesdurchschnitt, erst recht unter dem Durchschnitt der schon damals aufstrebenden süddeutschen Länder Bayern, Baden-Württemberg und Hessen. Dementsprechend fiel, wie die Tabelle 1 illustriert, zum Beispiel der Anteil des Landes an der gesamten Wertschöpfung des Bundesgebietes von 11,5 % 1950 über 10,6 % 1960 auf schließlich 10,0 % 1970 — bei einem fast doppelt so hohen Anteil an der Gesamtfläche.

Erst in den 70er Jahren, vor allem in den Jahren 1970 bis 1973 und 1976 bis 1979, schien sich dies erstmalig zu ändern. Das durchschnittliche jährliche Wachstum des Bruttoinlandsprodukts lag jetzt mit 7,7 % (1970 — 1982) sogar leicht über dem Bundesdurchschnitt (7,5 %), immer noch aber unter dem Süddeutschlands. Der Anteil Niedersachsens an der gesamten Bruttowertschöpfung im Bundesgebiet steigt daher von 1970 10 % leicht auf 1980 10,2 %. Dennoch bleibt das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner — und diese Kennziffer muß trotz bestimmter Einschränkungen noch immer als Maß für den durchschnittlichen Lebensstandard der niedersächsischen Bevölkerung interpretiert werden — um durchschnittlich etwa 15 % unter dem Bundesdurchschnitt. Die Kluft in der ungleichen Verteilung von Einkommen und Wohlstand kann also nicht verringert werden, im Gegenteil.

Vor allem aber verdecken diese Zahlen nur zu leicht den Blick für die Tatsache, daß spätestens ab 1979 die wirtschaftliche Entwicklung in Niedersachsen erneut deutlich hinter dem Bundesdurchschnitt zurückbleibt, Niedersachsen also tatsächlich abgeschlagen erscheint (vgl. dazu auch die Abbildung 1). Denn die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts bleibt im Bundesländer-

vergleich eindeutig im unteren Drittel. Niedriger als im Bundesdurchschnitt, niedriger erst recht als in den süddeutschen Bundesländern, niedriger sogar als in Nordrhein-Westfalen. Nur Bremen, das Saarland und Rheinland-Pfalz schneiden in diesen Jahren noch schlechter ab. Der Abstand im Bruttoinlandsprodukt je Einwohner wächst sogar von 14,3 % 1980 auf 16,3 % 1983. Deshalb hat Niedersachsen hier mit 12.512 DM je Einwohner inzwischen den zweittiefsten Wert aller Bundesländer, der Abstand etwa zu Baden-Württemberg beträgt sogar schon heute mehr als 20 %⁷.

Gleichzeitig bleibt auch die chronische Steuerschwäche des Landes Niedersachsen nicht nur erhalten, sondern wächst, mit der Folge, daß notwendige Investitionen, die für die Zukunft wichtig wären, einer verheerenden Sparpolitik fast zwangsläufig zum Opfer fallen. So sanken zum Beispiel die kassenmäßigen Steuereinnahmen in Niedersachsen von 1980 bis 1982 auf 4.144 DM je Einwohner, während in allen anderen Bundesländern ein weiterer Anstieg zu beobachten war. Auch nach der Steuerverteilung bleibt dieser Einkommensrückstand des Landes Niedersachsen erhalten. Der Rückstand des Landes bei seinem kassenmäßigen Aufkommen aus den Realsteuern beträgt zum Beispiel heute je Einwohner im Vergleich zum Bundesdurchschnitt — 16 %, im Vergleich zu Bayern — 15 % und im Vergleich zu Baden-Württemberg sogar — 26 %⁸.

In der Tat existiert insofern auch aus niedersächsischer Sicht spätestens ab Ende der 70er Jahre erneut ein wachsendes Süd-Nord-Gefälle, gemessen sogar an diesen ersten, noch relativ groben Indikatoren. 1984 scheint, soweit die Zahlen hierüber schon Aussagen ermöglichen, dieser Entwicklungsrückstand weiter gewachsen zu sein. So wuchs zum Beispiel der Index der Nettoproduktion im Verarbeitenden Gewerbe von Januar 1984 bis Oktober 1984 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in Niedersachsen um nur 2,3 % gegenüber 3,4 % im Bundesdurchschnitt und blieb die entsprechende Zuwachsrate der Umsatzentwicklung sogar um über 30 % hinter der im übrigen Bundesgebiet zurück⁹.

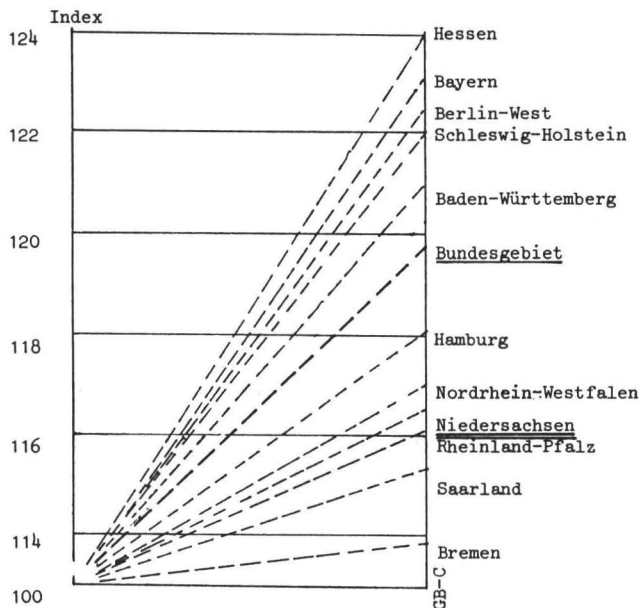
Tabelle 1:
Anteil der Länder am Bruttoinlandsprodukt des Bundesgebiets in ausgewählten Jahren (in jeweiligen Preisen) in v. H.

Land	1950	1960	1970	1980	1983
Schleswig-Holstein	4,0	3,3	3,4	3,6	3,6
Niedersachsen	11,5	10,6	10,0	10,2	9,9
Nordrhein-Westfalen	32,5	30,1	28,6	27,2	26,9
Hessen	8,8	8,7	9,3	9,6	9,9
Rheinland-Pfalz	5,2	5,0	5,3	5,5	5,3
Baden-Württemberg	13,6	14,2	15,5	15,7	15,8
Bayern	16,6	15,2	16,1	17,2	17,3
Saarland	—	1,8	1,5	1,6	1,5
Hamburg	6,0	5,4	4,9	4,8	4,7
Bremen	1,8	1,7	1,6	1,5	1,4
Berlin-West	—	4,0	3,8	3,6	3,6
Bundesgebiet ¹	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

1 Bundesgebiet 1950 ohne Saarland und Berlin (West).

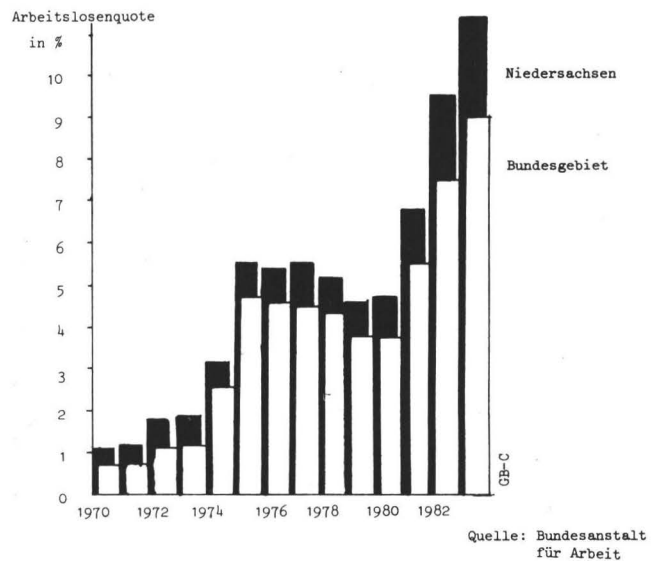
Quelle: Niedersächsisches Landesverwaltungsamt (Hg.): Statistisches Jahrbuch Niedersachsen. — Hannover 1964; Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Landesämter: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Heft 7: Die Entstehung des Bruttoinlandsprodukts in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland. — Stuttgart 1978; sowie: dass., Heft 8. — Hamburg 1983; Niedersächsisches Landesverwaltungsamt (Hg.): Statistische Monatshefte für Niedersachsen, Heft 6/1984. — Eig. Berechnungen, z. T. vorläufige Zahlen.

Abbildung 1:
Die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in den Bundesländern
1979 bis 1983 (1979 = 100)



Quelle: Vgl. Tab. 1 — Eigene Berechnungen.

Abbildung 2:
Zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Niedersachsen und im Bundesgebiet: Die Kluft wird immer größer



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

2. Zur Situation des Arbeitsmarktes

Und daß die Probleme wachsen: dies gilt erst recht für die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Niedersachsen, dem sicherlich schwerwiegendsten wirtschaftlich-sozialen Problem des Landes in den vergangenen Jahren.

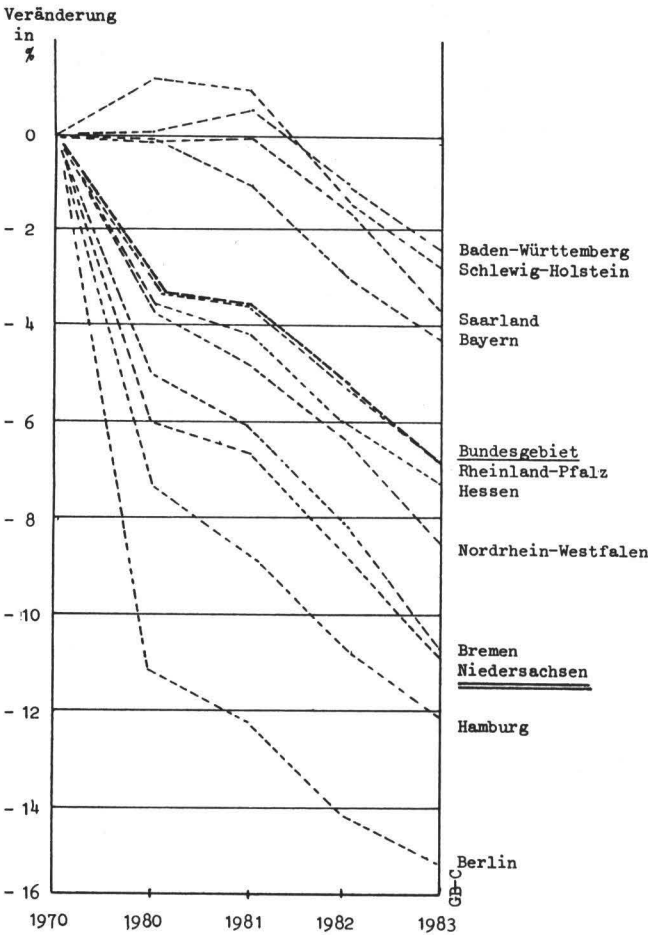
Abbildung 2 verdeutlicht diesen dramatischen Anstieg der Arbeitslosenquote von 1,7 % 1972 auf 11,3 % im Jahre 1983 und zeigt darüber hinaus die beständig größer werdende Kluft im Vergleich zur Bundesentwicklung, die in Prozentpunkten gemessen von 0,6 1972 auf 2,2 1983 sich mehr als verdreifachte, während umgekehrt das Angebot an offenen Stellen besonders ungünstig blieb. 1983 bewarben sich in Niedersachsen 41,3 Erwerbssuchende um eine offene Stelle gegenüber knapp 30 im Bundesdurchschnitt. Schon heute ist die durchschnittliche Arbeitslosenquote in Niedersachsen mehr als doppelt so hoch wie beispielsweise in Baden-Württemberg — auch dies mit steigender Tendenz — und sind sogar regionale Arbeitslosenquoten von über 20, zum Teil über 30 % schon keine Seltenheit mehr¹⁰.

Ursache hierfür sind aber nicht, wie manchmal angenommen wurde, in erster Linie „demographische Besonderheiten“, d. h. ein überproportionaler Anstieg der erwerbsfähigen Bevölkerung in Niedersachsen. Im Gegenteil: Faktisch wurden vor allem in den süddeutschen Bundesländern sogar deutlich mehr Arbeitsplätze nachgefragt als hier im Norden¹¹. Ursache ist vielmehr ein dramatischer Verlust an Arbeitsplätzen, der durch die Abbildung 3 verdeutlicht wird. Hier zeigt sich, daß insgesamt in Niedersachsen seit 1970 immerhin 11 % aller Arbeitsplätze verloren gingen,

mehr als jeder 10. Arbeitsplatz also, und über 40 % mehr als im übrigen Bundesgebiet. Nur die Stadtstaaten Berlin und Hamburg schneiden in diesen Jahren noch schlechter ab. Umgekehrt betrug beispielsweise in Bayern der Rückgang nur 4 und in Baden-Württemberg nicht einmal 3 %. Im übrigen verdeutlicht die Abbildung, daß auch in den 80er Jahren sich dieser Trend nicht verändert hat, was auch mit Hilfe der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gezeigt werden kann. Die Zahl der abhängig Beschäftigten in Süddeutschland (Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Baden-Württemberg, Bayern) nahm entsprechend von 1982 auf 1983 um immerhin 0,3 % zu, fiel aber in Niedersachsen um 1,8 % (Bundesdurchschnitt: -0,1 %).

Im übrigen vollzieht sich dieser Verlust an Arbeitsplätzen trotz eines vergleichsweise niedrigen Verdienstniveaus in Niedersachsen (die durchschnittliche Lohn- und Gehaltssumme je Industriebeschäftigten liegt beispielsweise in Niedersachsen um 6 % unter dem Bundesdurchschnitt, in Baden-Württemberg jedoch um 6 % darüber; vgl. am Beispiel der Ausbildungsvergütungen auch die Tab. 2, die Lohn Differenzen von bis zu 23 % für die gleiche Ausbildung aufzeigt) und geht schließlich einher mit einer ungünstigen qualitativen Struktur der vorhandenen Erwerbsmöglichkeiten. Dabei fehlt es sowohl an höherqualifizierten Arbeitsplätzen (nur 4,2 % der beschäftigten Männer verfügen über einen Hochschulabschluß gegenüber 5,6 % im Bundesdurchschnitt) wie auch an zukunftssicheren Arbeitsplätzen, wie sie etwa die der Metallarbeiter, Werkzeugmacher, Elektromontierer u. a. darstellen¹². Dem entspricht, daß es gerade in Niedersachsen an ausreichenden Ausbildungsplätzen für Jugendliche fehlt¹³.

Abbildung 3:
Die Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen nach Bundesländern
1970 bis 1983 (jew. Veränderung in v.H.)



Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder. Eigene Berechnungen.

Fazit: auch in dieser Hinsicht hat die bisherige Regionalpolitik nur wenig Abhilfe gegen die zunehmende „Süd-Drift“ der Wirtschaft und damit der Arbeitsplätze auch aus niedersächsischer Sicht schaffen können – trotz der schon bestehenden Lohndifferenzierungen¹⁴.

3. Zur Entwicklung der Wirtschafts- und Industriestruktur in Niedersachsen

Fragt man nun nach den Gründen für diese so wenig befriedigende wirtschaftliche Entwicklung des Landes in den vergangenen Jahren, kann kein Zweifel daran bestehen, daß hier zunächst die (historisch bedingte) Wirtschaftsstruktur des Landes zu nennen ist¹⁵, die nachhaltig die Entwicklungsmuster des Landes auch in der Zukunft bestimmen dürfte. Dabei beginnen die Probleme in Niedersachsen gleich bei der Land- und Forstwirtschaft, in der auch heute noch fast 10 % der Erwerbstätigen beschäftigt sind, gegenüber nur knapp 6 % im Bundesdurchschnitt.

Denn die Landwirtschaft gehört in den 70er Jahren mehr noch als in den Jahren zuvor im gesamten Bundesgebiet wie in Niedersachsen mit einem äußerst mageren Zuwachs der Gesamtproduktion von 0,4 % im jährlichen Durchschnitt (gegenüber z. B. 4,2 % bei den Privaten Dienstleistungen) zu den weit unterdurchschnittlich wachsenden, seit 1973 sogar stagnierenden Wirtschaftsbereichen. Als Folge dieses nur äußerst geringen Produktionsanstiegs einerseits sowie als Folge der weiter steigenden Produktivität andererseits verringerte sich daher die Zahl der Erwerbstätigen in Niedersachsen allein in der Land- und Forstwirtschaft um noch einmal fast ein Drittel und trägt somit zu einem nicht unbedeutenden Teil zur besonderen Verschlechterung der Situation auf dem niedersächsischen Arbeitsmarkt bei¹⁶.

Dazu treten, ebenfalls schon seit langem, spezifische Probleme der niedersächsischen Industrie, die sich nicht weniger in einem nur mäßigen Wachstum und gleichzeitig in einem rasanten Verlust an Arbeitsplätzen äußern. So sinkt zum Beispiel die Zahl der Industriebeschäftigten in Niedersachsen von 1973 bis 1981 um 10 %, dagegen in Bayern um lediglich 2 % und in Baden-Württemberg um 7 %. Und in den folgenden zwei Jahren sind es in Niedersachsen noch einmal über 8 % gegenüber rd. 7 % in den süddeutschen Bundesländern.

Besonders bemerkenswert ist dabei zum einen die Tatsache, daß dieser Freisetzungprozeß von Arbeitskräften sich jetzt fast ausnahmslos in Branchen vollzieht, die noch in den Jahren vor 1973 zu den ausgesprochenen Wachstumsbranchen der niedersächsischen Industrie zu zählen waren. Dies gilt zum Beispiel für die Papier- und Pappeverarbeitung, die Musikinstrumente- und Spielwarenherstellung, die Lederverarbeitung und Schuhindustrie, die Glas- und EBM-Warenindustrie, die NE-Metallgießereien, den Schiffbau und schließlich die Eisen- und Stahlindustrie. D. h.: ausgerechnet all die Industrien, die in den 60er Jahren die ausgesprochenen niedersächsischen Wachstumsbereiche waren und deren

Tabelle 2:
Unterschiedliche Verdiensthöhen in der Bundesrepublik. Das Beispiel Ausbildungsvergütungen in der Metallindustrie¹, in DM nach Ausbildungsjahren

In den Ausbildungsjahren / Tarifgebiet	Nieder-sachsen	Nordwestl. Nieder-sachsen	Süd-baden	Süd-württemberg
1	567,—	556,—	609,—	609,—
2	629,—	624,—	666,—	666,—
3	702,—	702,—	749,—	749,—
4	759,—	759,—	822,—	822,—

1 Ausbildungsvergütungen, gültig ab 1. Juli 1984.

Quelle: IG Metall (Hg.): Daten, Fakten, Informationen 1984. — Frankfurt 1984.

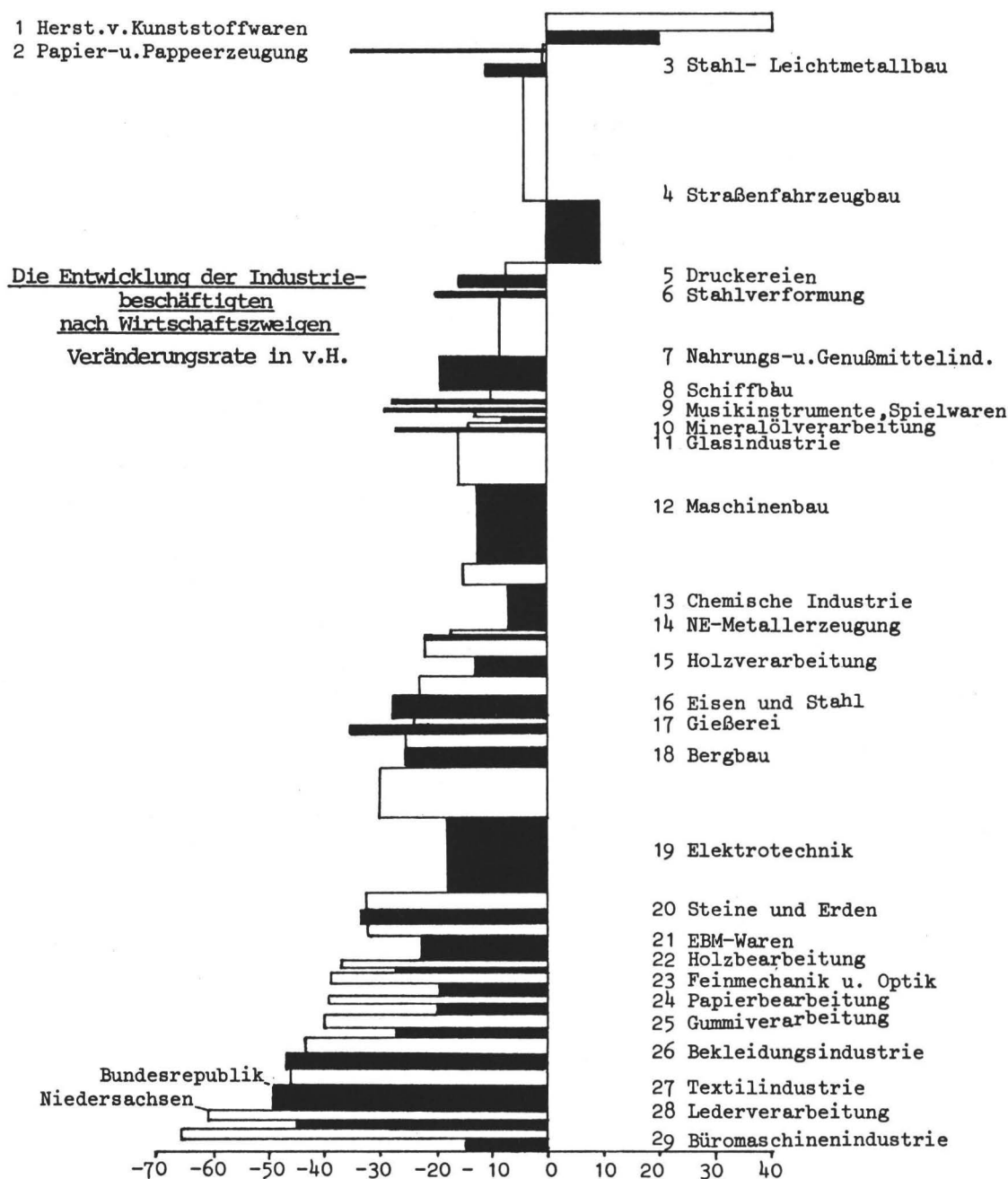
Ansiedlung und Erweiterung nicht zuletzt durch die Regionalpolitik mit allen Mitteln gefördert wurde, erweisen sich jetzt als „Flops“ und sind die zentralen Schwachpunkte der industriellen Entwicklung nur zehn Jahre später. Die heutigen wirtschaftlichen Probleme des Landes sind damit auch Folge der Tatsache, daß es sich bei diesen Branchen in der Regel um eher lohnintensive und weniger qualifizierte Arbeitskräfte beschäftigende Bereiche handelt¹⁷.

Umgekehrt sind aber humankapital- und forschungsintensive und damit in der Regel strukturstarke Industrien auch heute noch

wenig in Niedersachsen vertreten (mit Ausnahme der Automobilindustrie) und entlassen überdies in den 70er Jahren zunächst einmal Arbeitskräfte, auch dies deutlich mehr als im übrigen Bundesgebiet und mehr vor allem als in den süddeutschen Bundesländern (vgl. zur Industriestruktur auch die Abbildung 4). Hier überlagern sich also bestimmte Struktur- und Standortprobleme und verstärken sich gegenseitig — beides aber begrenzt das regionale Entwicklungspotential einschneidend¹⁸.

Um Ausmaß und Bedeutung dieser Entwicklung zu demonstrieren, hier einige wenige Zahlen. So baut zum Beispiel die nach

Abbildung 4:
Die Entwicklung der Industriestruktur in Niedersachsen und in der Bundesrepublik 1970 — 1982.
Zur Entwicklung der Zahl der Industriebeschäftigten nach Branchen in v.H.



Die Stärke der Balken entspricht dem Anteil der jeweiligen Branche an den gesamten Industriebeschäftigten.

Quelle: Angaben des Niedersächsischen Landesverwaltungsamtes sowie des Statistischen Bundesamtes. — Eig. Berechnungen.

wie vor wichtige Branche der Elektrotechnischen Industrie in Niedersachsen allein von 1970 bis 1980 30 % ihrer gesamten Arbeitsplätze ab — 10 % mehr als im Bundesdurchschnitt. Umgekehrt geht die Zahl der in dieser Branche Beschäftigten zum Beispiel in Baden-Württemberg um nur 6 % (bis 1981) zurück, in Bayern um 13 %, und wächst sogar in Schleswig-Holstein. Oder die Zukunftsbranche Chemische Industrie: auch sie verbessert die Lage auf dem niedersächsischen Arbeitsmarkt nicht, sondern verschlechtert sie durch die Entlassung von rund 15 % der Anfang der 70er Jahre in diesem Industriezweig Beschäftigten. Umgekehrt verringert sich die Zahl der Arbeitsplätze im Bundesdurchschnitt in diesen Jahren um zwei Drittel weniger und wächst sogar in Bayern und Schleswig-Holstein bzw. bleibt unverändert in Baden-Württemberg. Oder der Straßenfahrzeugbau, die entscheidende Wachstumsbranche in den vergangenen Jahren und der wohl wichtigste Motor der niedersächsischen Industrialisierung überhaupt, und zwar in quantitativer wie qualitativer Hinsicht. Auch in dieser Branche werden in Niedersachsen in den 70er Jahren Arbeitsplätze vernichtet, während ihre Zahl im übrigen Bundesgebiet um immerhin 10 % steigt, in Baden-Württemberg sogar um 27 %, in Bayern um 40 % und sich in Schleswig-Holstein — allerdings von niedrigem Niveau ausgehend — sogar vervierfacht¹⁹.

Besonders gravierend schließlich die Branche, die heute im allgemeinen als die Zukunftsbranche par excellence angesehen wird: die Büromaschinen- und EDV-Geräte- und Computerindustrie; sie ist in Niedersachsen die Branche, die sich von allem mit Abstand am stärksten „gesundschrumpt“ und 65 % aller Arbeitsplätze in diesen 12 Jahren vernichtet. Mehr als ein Drittel aller Beschäftigten dieser Branche arbeiten daher schon heute nur in Bayern — auch dies mit steigender Tendenz²⁰.

Zusammengenommen zeigt dies, daß in der Tat die gesamte Wirtschafts- und insbesondere Industriepolitik in Niedersachsen vor einem bislang nicht auflösbarem Dilemma steht, mit allerdings verheerenden Folgen für die Entwicklung des hiesigen Arbeitsmarktes. Zum einen, weil jene traditionell und auch heute noch wichtigen Branchen des Landes (vom Schiffbau angefangen über die Verbrauchsgüterindustrien bis hin zum Nahrungs- und Genussmittelgewerbe) in der Folge der in der Krise weltweit geänderten Nachfrage- und Angebotsbedingungen ökonomisch gesehen im wahrsten Sinne des Wortes unrentabel und teilweise direkt

überflüssig werden. Diese Anpassungsprozesse können aber, das belegen die Erfahrungen der Vergangenheit, nur äußerst schwer aufgehalten, vielmehr im besten Fall nur abgebremst werden, und selbst das kostet viel Geld, entweder in Form ständig steigender Subventionen des Staates an diese Unternehmen (und unrentable Arbeitsplätze zu subventionieren, das bedeutet auch, daß rentable Arbeitsplätze belastet werden) oder in Form eines ständig größer werdenden Lohnverzichts der hier arbeitenden Menschen.

Zum anderen aber, und das ist die Kehrseite der gleichen Medaille, sind eben die strukturstarken modernen Industrien in Niedersachsen nur wenig vertreten (und wenn, dann meistens nur mit kleineren Zweigbetrieben der großen Konzerne²¹), und ist es gerade hier nicht gelungen, die Weichen in Richtung einer modernen und Arbeitsplätze in der Zukunft schaffenden bzw. sichernden Wirtschafts- und Industriestruktur zu stellen. Der Nachholbedarf des Landes an modernen Industrien zumindest ist vielmehr in den letzten Jahren nur noch einmal größer geworden. Die Befürchtung vieler Autoren, die schon vor Jahren beobachteten, daß in den unterschiedlichen Regionen der Bundesrepublik strukturell andere und jeweils spezifische Formen der Krisenbereinigung Realität und möglich wurden, die wiederum die künftigen Entwicklungspotentiale einschneidend präjudizieren und mittelfristig großräumig wie kleinräumig die regionalen Disparitäten deutlich zu verschärfen drohen, scheint insofern, zumindest aus der Perspektive des Landes Niedersachsen, fast mehr denn je gerechtfertigt²².

Bleibt nachzutragen, daß auch der Tertiäre Sektor, von dem in den vergangenen Jahren so viele die Lösung der großen Entwicklungsprobleme der westlichen Industrieländer erwarteten und der nicht nur die in der Industrie wegfallenden Arbeitsplätze ausgleichen sollte, sondern zugleich, der Nachfrageentwicklung entsprechend, mehr qualitativ hochwertige Güter anbieten sollte²³, in Niedersachsen nur wenig zur Entlastung des hiesigen Arbeitsmarktes beitrug (vgl. dazu auch die Tab. 3). So gehen zum Beispiel im Bereich von Handel und Verkehr in Niedersachsen wesentlich mehr Arbeitsplätze verloren als in den meisten anderen Regionen im Bundesgebiet (mehr auch als im Bundesdurchschnitt selbst), und bleibt andererseits der Anstieg insbesondere im Bereich der besonders expansiven privaten Dienstleistungen vergleichsweise bescheiden. Auch damit perpetuieren sich schon relativ alte Entwicklungsprobleme des Landes. Mehr Arbeitsplätze als im Bun-

Tabelle 3:
Zur Arbeitsplatzentwicklung im Tertiären Sektor in ausgewählten Bundesländern. Der Süden schneidet besser ab¹

	Handel und Verkehr		Private Dienstleistungen		Staat, Private Haushalte	
	1970—1980	1980—1983	1970—1980	1980—1983 ²	1970—1980	1980—1983
Schleswig-Holstein	+ 1	+ 5	+ 23	—	+ 20	+ 3
Niedersachsen	— 8	— 3	+ 9	—	+ 26	+ 5
Hessen	— 2	+ 9	+ 13	—	+ 31	+ 12
Baden-Württemberg	+ 4	— 1	+ 27	—	+ 32	+ 10
Bayern	+ 7	— 7	+ 15	—	+ 27	+ 7
Bundesgebiet	— 2	— 2	+ 17	—	+ 28	+ 7

1 Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen in v.H.
2 Für diesen Zeitraum in der folgenden Spalte „Staat, Private Haushalte“ mit enthalten.
Quelle: Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Landesämter (Hg.): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder, div. Ausg.; Statistisches Bundesamt (Hg.): Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland. — Wiesbaden, div. Jgg. — Eig. Berechnungen.

desdurchschnitt, immer noch aber deutlich weniger als in den süddeutschen Bundesländern, schuf in der Vergangenheit nur noch der Staat; wenn dem aber — in Folge der Krise — das Geld ausgeht, was dann?

Auch in dieser Hinsicht bleiben zumindest die alten Strukturprobleme des Landes nicht nur erhalten, sondern verstärken sich gar, vor allem wieder im Hinblick auf die Entwicklung in Hessen, Bayern und Baden-Württemberg²⁴.

4. Zur Entwicklung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit

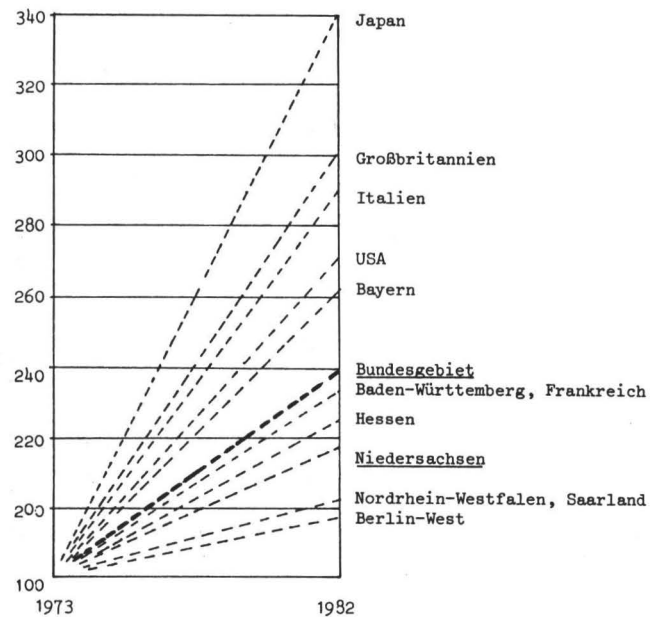
Ergänzt und verschärft werden diese Probleme der niedersächsischen Wirtschaftsstruktur durch die sich ändernden internationalen Rahmenbedingungen, die ebenfalls in den vergangenen Jahren zu Recht stärker ins Bewußtsein der Öffentlichkeit gedrungen sind²⁵. Die folgenden Zahlen unterstreichen darüber hinaus noch einmal die Forderung, der außenwirtschaftlichen Dimension regionaler Entwicklung in wissenschaftlichen Studien mehr als bisher Beachtung zu schenken²⁶. Nur auf einige wenige, besonders markante Entwicklungstrends kann dabei aus Raumgründen an dieser Stelle hingewiesen werden.

Dies ist zum einen die Tatsache, daß die jährliche durchschnittliche Zuwachsrate der niedersächsischen Exporte während der 70er Jahre anders als noch in den Jahren zuvor deutlich unter dem Bundesdurchschnitt verbleibt und ebenso niedriger ist als die vieler anderer Industriestaaten. Bemerkenswert ist dabei sicher, daß sogar Länder wie Großbritannien und Italien ihre Ausfuhren in den vergangenen Jahren wesentlich stärker steigern konnten als Niedersachsen (vgl. auch Abbildung 5); im Bundesländervergleich schnitten nur Nordrhein-Westfalen, das Saarland und Berlin noch schlechter ab. Dementsprechend sinkt der Anteil des Landes am Bundesexport von 10,0 % Anfang der 70er auf nur noch 8,5 % Anfang der 80er Jahre und liegt damit noch unter dem Anteil des Landes an der Erzeugung des Bruttoinlandsprodukts der Bundesrepublik und kaum noch höher als zu Beginn der 50er Jahre (in keinem anderen Bundesland mit Ausnahme von Nordrhein-Westfalen ist während der vergangenen Jahre ein ähnlich starker Rückgang zu verzeichnen gewesen), während umgekehrt z. B. der Anteil Bayerns an den Gesamtausfuhren kontinuierlich und deutlich ansteigt (ähnliches gilt mit Ausnahme eines Einbruchs zu Beginn der 70er Jahre für Baden-Württemberg; vgl. hierzu im einzelnen die Tab. 4). Im übrigen gilt auch hier, daß der Rückstand des Landes gerade in den letzten Jahren nur größer und nicht etwa kleiner wurde. Auch in dieser Hinsicht existiert daher ein ausgeprägtes Süd-Nord-Gefälle, das überdies beständig größer zu werden scheint und das in der Tat für die Erklärung dieser Entwicklung zumindest herangezogen werden muß²⁷.

Dazu kommt, daß sich die niedersächsische Ausfuhrstruktur zugleich verschlechtert zugunsten nachfrageschwacher, bzw. sogar stagnierender Produkte und Märkte sowie zugunsten besonders preisabhängiger und damit für ein „Hochlohnland“ ausgesprochen wettbewerbschwacher Produktbereiche.

So haben zum Beispiel für die Ausfuhren des Landes Waren der Ernährungswirtschaft traditionell eine wesentlich größere Bedeutung als im übrigen Bundesgebiet, ihr Anteil an den Gesamtausfuhren steigt zudem an, zum Beispiel von 1966 3,2 auf heute 9,5 % (Bundesdurchschnitt 6,5 %). Wachsende Bedeutung für die nie-

Abbildung 5:
Die Entwicklung der niedersächsischen Ausfuhren im internationalen und nationalen Vergleich 1973 — 1982¹



¹ 1973 = 100. Berechnet auf Dollarbasis bzw. in DM.

Quelle: GATT (Hg.): International Trade 1982/83. — Genf; Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland. — Wiesbaden, div. Jgg. — Eig. Berechnungen.

dersächsischen Ausfuhren gewinnen zudem Rohstoffe und Halbwaren, womit sich das Land erneut auf die Herstellung von wettbewerbschwachen und von der Entwicklung der Weltnachfrage her gesehen wenig dynamischen Produkten spezialisiert, während umgekehrt der Anteil der Fertigwaren und Enderzeugnisse — und hier wiederum besonders der sogenannten „high-tech-Produkte“ seit Jahren abnimmt. Umgekehrtes gilt wieder zum Beispiel für Bayern, das auch in dieser Hinsicht das Land mit der mit Abstand günstigsten Exportentwicklung seit Ende der 60er Jahre zu sein scheint. Das bedeutet letztendlich: wir beobachten in Niedersachsen eine Art Renaissance ausgesprochen wettbewerbschwacher, traditioneller Wirtschaftsbereiche, deren Bedeutung für die Gesamtausfuhren noch wächst, während umgekehrt in den süddeutschen Bundesländern eher der gegenteilige Entwicklungstrend zu beobachten ist²⁸. Gleichzeitig steigt zudem der Anteil Niedersachsens am Bundesimport kontinuierlich (von 6,3 % Anfang der 70er Jahre auf 8,5 % im Jahre 1983).

Weitere, große Strukturschwächen der niedersächsischen Wirtschaft signalisiert schließlich die Tatsache, daß das Land auch bei der regionalen Verteilung der ausländischen Direktinvestitionen eindeutig benachteiligt ist. So beläuft sich z. B. (vgl. Tab. 5) der niedersächsische Anteil an den gesamten ausländischen Direktinvestitionen in der Bundesrepublik 1976 auf äußerst bescheidene 4,3 % und sinkt bis 1982 weiter auf gerade noch 3,5 %, anstatt sich, wie die Landesregierung jüngst behauptete, deutlich zu

Tabelle 4:
Die westdeutschen Ausfuhren nach Herstellungsländern seit 1950¹

	1950	1960	1970	1976	1982	1983
Schleswig-Holstein	1,0	2,5	1,7	2,1	1,9	1,9
Niedersachsen	7,1	10,1	10,0	9,5	8,9	8,5
Nordrhein-Westfalen	51,3	34,5	33,0	31,3	27,2	27,2
Hessen	8,0	8,9	8,7	8,0	7,6	7,7
Rheinland-Pfalz	5,1	4,4	5,4	6,2	6,3	5,9
Baden-Württemberg	11,7	15,6	18,1	16,3	16,9	16,9
Bayern	9,0	10,0	12,6	12,6	14,2	14,6
Saarland	—	3,8	2,1	2,3	2,0	1,9
Hamburg	3,8	4,4	2,8	2,7	2,5	2,8
Bremen	1,4	2,1	1,1	1,6	1,3	1,4
Berlin-West	1,2	2,6	1,9	1,7	1,5	1,7

1 Anteil an der Gesamtausfuhr in v. H., Spezialhandel. Die Summe der Anteile ergibt nicht notwendigerweise 100 %, da das Herstellungsland im Rahmen der Außenhandelsstatistik nicht immer festgestellt werden kann.
Quelle: Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland, div. Jgg.

vergrößern²⁹. Interessant ist, daß diese Tabelle darüber hinaus auch für die anderen norddeutschen Bundesländer ein starkes und eindeutiges Süd-Nord-Gefälle belegt. So sinkt mit Ausnahme von Schleswig-Holstein der Anteil aller norddeutschen Bundesländer an den gesamten ausländischen Direktinvestitionen in der Bundesrepublik (ihr Anteil zusammengekommen sinkt entsprechend von 52,9 % 1976 auf 47,9 % 1982), während der aller süddeutschen Bundesländer noch zunimmt. Dementsprechend entfielen z. B. von allen neuen ausländischen Direktinvestitionen in den Jahren 1976 bis 1982, insgesamt immerhin Investitionen in der Höhe von 12,5 Mrd. DM, ganze 20 % allein auf Baden-Württemberg, 10 % auf Bayern und sogar 38 % auf Hessen. Keine neuen ausländischen Direktinvestitionen entfielen dagegen per Saldo auf Niedersachsen. Das bedeutet: gerade jene großen Weltunternehmen, die international operieren, investieren in wachsendem Maße nur in den süddeutschen Bundesländern und schaffen dort ihre Arbeits-

plätze, nicht aber bei uns im flachen Norden; bevorzugen also eindeutig die wirtschaftsstarken Regionen und tragen somit zu einer Verschärfung der regionalen Disparitäten bei³⁰.
Ein etwas anderes Bild ergibt sich bei einem Blick auf die Investitionsaktivitäten der deutschen multinationalen Konzerne im Ausland. Zwar liegt auch hier der Anteil Niedersachsens mit einem Wert von 6,4 % 1982 relativ niedrig und sinkt ebenfalls im Vergleich zu 1976, während wieder der der meisten süddeutschen Bundesländer (Ausnahme Hessen) zunimmt. Er liegt aber immer noch doppelt so hoch wie der Anteil des Landes an den Direktinvestitionen ausländischer Konzerne in der Bundesrepublik. Daraus erklärt sich eine negative Bilanz der Direktinvestitionsbeziehungen des Landes mit dem Ausland in Höhe von 300 Millionen DM 1976, die auf 2,9 Mrd. DM 1980 und schließlich 3,4 Mrd. DM 1982 steigt, der immerhin vierthöchste Wert aller Bundesländer. Völlig zu Recht gilt aber eine solchermaßen hohe und rasant stei-

Tabelle 5:
Die regionale Verteilung deutscher Direktinvestitionen im Ausland und ausländischer Direktinvestitionen in der Bundesrepublik nach Bundesländern 1976 – 1982¹

	Unmittelbare deutsche Direktinvestitionen im Ausland		Unmittelbare ausländische Direktinvestitionen in der Bundesrepublik	
	1976	1982	1976	1982
Schleswig-Holstein	0,2	0,5	1,6	2,0
Niedersachsen	6,9	6,4	4,3	3,5
Nordrhein-Westfalen	32,9	29,6	26,8	23,0
Hessen	17,4	15,7	17,3	20,7
Rheinland-Pfalz	6,7	6,8	2,4	2,8
Baden-Württemberg	12,1	13,2	16,4	17,0
Bayern	13,5	19,3	7,7	8,2
Saarland	1,9	0,8	2,2	2,1
Hamburg	7,0	5,7	18,6	18,3
Bremen	0,5	0,5	1,6	1,1
Berlin-West	0,9	1,2	1,1	1,4

1 Bestandsaufnahme. Anteil der Länder an den gesamten unmittelbaren deutschen Direktinvestitionen im Ausland und an den ausländischen Direktinvestitionen in der Bundesrepublik in v. H.
Quelle: Unterlagen der Deutschen Bundesbank. — Eig. Berechnungen.

gende negative Bilanz der Direktinvestitionsbeziehungen als ernst zu nehmendes Zeichen für eine mangelnde und sinkende Attraktivität des Standorts Niedersachsen in dem sich immer mehr weltweit vollziehenden Konkurrenzkampf der Staaten um Industrieansiedlungen³¹.

Auch die folgenden Zahlen müssen daher zu denken geben. Während nämlich die Direktinvestitionen ausländischer Unternehmen in Niedersachsen, wie wir gesehen haben, in den vergangenen Jahren nicht weiter stiegen, wuchsen die Direktinvestitionen der niedersächsischen Unternehmen im Ausland von 3 Mrd. 1976 auf 6,1 Mrd. DM 1982 und verdoppelten sich damit innerhalb von 6 Jahren. Dabei nahmen vor allem die direkt Arbeitsplätze im Inland substituierenden Direktinvestitionen in sogenannten „Billiglohnländern“ in weit überdurchschnittlich starkem Maße zu — auch dies ein deutliches Indiz für die großen Probleme der niedersächsischen Wirtschaft im Hinblick auf ihre internationale Konkurrenzfähigkeit³².

5. Zusammenfassung

Ohne Zweifel muß sich die Bundesrepublik Deutschland wie vergleichbare exportabhängige Industrieländer seit Ende der 60er Jahre mit qualitativ veränderten ökonomischen und sozialen Entwicklungstrends auseinandersetzen, die auch zu neuen räumlichen Entwicklungen führen. Dazu gehören die besonderen Probleme sogenannter altindustrialisierter Räume wie beispielsweise das Ruhrgebiet, aber auch die unterschiedliche Entwicklung der einzelnen Bundesländer. Nicht wenige Autoren befürchten daher einen neuerlichen, massiven Konzentrationsschub von Bevölkerung und Arbeitsplätzen vor allem zu Lasten des norddeutschen Raumes. Auch als Ergebnis der obigen Ausführungen bleibt festzuhalten, daß in Niedersachsen nicht nur in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht und gemessen an Indikatoren wie Bruttoinlandsprodukt, Steuerkraft, Entwicklung des Arbeitsmarktes und Wirtschaftsstruktur ein nach wie vor erhebliches und in vieler Hinsicht sogar wachsendes Entwicklungsgefälle existiert, sondern daß darüber hinaus die Wirtschaftsstruktur dieses Landes offenbar labiler und anfälliger wurde und damit wahrscheinlich die Chancen gesunken sind, die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung in der Zukunft offensiv nutzen zu können. Gerade hier könnte im übrigen die eigentliche Dimension des sogenannten Süd-Nord-Gefälles in der Bundesrepublik liegen; dann nämlich, wenn sich die These bestätigen sollte, daß heute die süddeutschen Regionen die Krise nicht nur besser bewältigen, sondern zugleich offensiver ihre Wirtschaftsstruktur modernisieren und damit ihre Entwicklungspotentiale weiter verbessern.

Diese Analyse offenbart zugleich einen nach wie vor bestehenden Handlungsbedarf an zielgerichteter und vorausschauender Strukturpolitik in Niedersachsen, zumal für die Zukunft davon auszugehen ist, daß nicht nur die gesamtwirtschaftlichen Zuwachsraten und damit das für regionalpolitische Maßnahmen zur Verfügung stehende Umverteilungspotential eher bescheiden bleiben werden, sondern daß sich zugleich die Wirtschaftsstruktur der Bundesrepublik zugunsten der Wirtschaftsbereiche und Sektoren weiter verschieben wird, die in Niedersachsen noch immer zu schwach entwickelt sind.

Anmerkungen

1 Vgl. hierzu u. a. *W. Crinius et al.*: Analyse und Bedeutung raumbezogener Faktoren in Norddeutschland, Teil II: Demographische und ökonomische Entwicklungen. In: Arbeitsmaterial der Akademie für Raumforschung und Landesplanung Nr. 73. — Hannover 1984; *F. Haller/R. Schröder*: Arbeitsmarkt und Wirtschaftsstruktur in Norddeutschland 1975 — 1983. In: Bremer Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Heft 3/4 1983, S. 5 ff.; *R. Brune/M. Köppel*: Das Nord-Süd-Gefälle verstärkt sich — Zur großräumigen Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Mitteilungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, 31/1980, S. 225 ff.; Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung (Hg.): Süd-Nord-Gefälle in der Bundesrepublik? Thesen und Beobachtungen (NIW-Workshop 1984). — Hannover 1984; z. T. auch *K.-H. Adams/H.-F. Eckey*: Regionale Beschäftigungskrisen in der Bundesrepublik Deutschland — Ursachen und Erscheinungsformen. In: WSI-Mitteilungen, Nr. 8/1984, S. 474 ff.

2 Vgl. hierzu neben der schon oben zit. Literatur auch die Äußerungen verschiedener Landesregierungen zu dieser Problematik sowie zuletzt die Diskussionen bei einer ganztägigen Anhörung im Wirtschaftsausschuß des Bundestages in Bonn, hier zit. n. FAZ v. 28. Februar 1985. Vgl. zu dieser Diskussion auch die Stellungnahme der Handelskammer Hamburg: Herausforderung für den Norden. Zur Diskussion um das wirtschaftliche Süd-Nord-Gefälle. — Hamburg 1984.

3 *Z. B. R. Ertel*: Zum Süd-Nord-Gefälle in der Bundesrepublik. Betrachtungen anlässlich eines Workshops. In: Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung (Hg.): Süd-Nord-Gefälle in der Bundesrepublik, a.a.O. S. 151 ff.

4 Vgl. z. B. *F. Gschwind/D. Henckel*: Innovationszyklen der Industrie — Lebenszyklen der Städte. In: Stadtbauwelt 82/1984, S. 134 ff., die davon ausgehen, daß heute Regionen ihre wirtschaftliche Entwicklung längst nicht mehr selbst bestimmen können, sondern „umgekehrt den Entwicklungszyklen der in ihnen vertretenen Branchen hilflos ausgeliefert sind“. Ähnlich auch die These von *R. Brune/M. Köppel*: Das Nord-Süd-Gefälle verstärkt sich, a.a.O., die ebenfalls einen vergleichsweise geringen Gestaltungsspielraum der regionalen Wirtschaftspolitik unterstellen. Anders dagegen z. B. viele Thesen in den einzelnen Beiträgen von *J. H. Müller*: Determinanten der räumlichen Entwicklung. — Berlin 1983. Auch süddeutsche Politiker betonen gerne die vergleichsweise große Bedeutung der Landes-Wirtschaftspolitik bei der Erklärung regional unterschiedlicher Entwicklungen.

5 Allerdings fehlt es immer noch an ausreichenden empirischen Studien zu den regionalen Folgen der sich intensivierenden internationalen Verflechtung. Trotzdem wird die Bedeutung der sich ändernden internationalen Rahmenbedingungen bei der Erklärung der regionalen Entwicklungsprobleme kaum noch bestritten. In Bezug auf das Nord-Süd-Gefälle vgl. hierzu u. a. die Arbeit von *R. Brune/M. Köppel*, a.a.O., die die internationale Wettbewerbsfähigkeit (hier gemessen insbesondere an der Empfindlichkeit gegenüber Preisänderungen auf den Weltmärkten) sogar als einen der entscheidenden Faktoren zur Erklärung regional unterschiedlicher Entwicklungspotentiale identifizieren. Einen Überblick über den gegenwärtigen Forschungsstand hierzu habe ich schon an anderer Stelle gegeben. Vgl. dazu z. B. meinen Aufsatz: Internationale Verflechtung und regionale Entwicklung. Eine kritische Literaturübersicht. In: Raumforschung und Raumordnung, Heft 2/1984, S. 105 ff., der auch eine Einführung in die entsprechenden methodischen Probleme enthält.

6 Die folgenden Ausführungen stützen sich dabei teilweise auf eine umfangreiche Forschungsarbeit des Verfassers zum Thema „Internationale Verflechtung und regionale Entwicklung. Das Beispiel Niedersachsen“, die demnächst im Steinweg-Verlag, Braunschweig, veröffentlicht wird.

7 Diesen Entwicklungsabstand bestätigt jetzt auch eine Untersuchung der Nürnberger Gesellschaft für Konsumforschung, in der z. B. für Baden-Württemberg eine Pro-Kopf-Kaufkraft von 5,1 % über dem Bundesdurchschnitt festgestellt wurde. Ebenfalls ein Plus von 2,2 % gibt es in Hessen, während Niedersachsen mit - 5,5 % und das Saarland mit - 9,2 % am Ende der Skala rangieren. Schlusslichter bei einem Kaufkraftvergleich auf der Ebene der Stadt- und Landkreise sind aus Niedersachsen vor allem die Kreise im Weser-Ems-Gebiet.

8 Zahlen nach Statistisches Bundesamt (Hg.): Bevölkerungsstruktur und Wirtschaftskraft der Bundesländer 1983. — Wiesbaden 1984. Vgl. zuletzt auch Bundesministerium für Finanzen (Hg.): Finanzbericht 1985. — Bonn 1984, sowie, zu den kommunalen Auswirkungen, Deutscher Städtetag (Hg.): Gemeindefinanzbericht 1984 (Sonderdruck aus Heft 2/1984 der Zeitschrift „Städtetag“).

- 9 Zahlen nach Niedersächsisches Landesverwaltungsamt — Statistik (Hg.): Statistische Berichte Niedersachsen E/S 2 — m 10/84. — Hannover 1985.
- 10 Zahlen hierzu zuletzt auch in Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung (Hg.): Regionalbericht 1984. — Hannover 1985. Daß gerade im Hinblick auf die Entwicklung der Arbeitslosigkeit das wachsende Süd-Nord-Gefälle in der Bundesrepublik am ausgeprägtesten ist, bestätigen im übrigen auch alle andere Studien zu dieser Thematik. Vgl. dazu die schon in Anm. 1 genannte Literatur.
- 11 Dies bestätigte auch schon die Untersuchung von W. Crinius et al.: Analyse und Bewertung raumbedeutsamer Faktoren in Norddeutschland, a.a.O., hier v. a. S. 53 ff.
- 12 Vgl. hierzu ausführlich auch H. U. Jung: Der Arbeitsmarkt in Niedersachsen. Analyse der Entwicklungstendenzen seit Anfang der siebziger Jahre im Vergleich zum Bundesgebiet. — Hannover 1983 (NIW (Hg.): Forschungsberichte, Nr. 4), sowie die in Anm. 6 genannte Untersuchung des Verfassers.
- 13 Vgl. hierzu u. a. auch die Daten, die regelmäßig von der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung innerhalb des Systems der Laufenden Raumbearbeitung veröffentlicht werden.
- 14 Daß die traditionelle Regionalpolitik bisher gerade dem wachsenden Süd-Nord-Gefälle nicht begegnen konnte und es wohl auch in der Zukunft kaum wird beseitigen können: dies war auch die einhellige Meinung der wirtschaftswissenschaftlichen Institute auf der schon erwähnten Anhörung im Wirtschaftsausschuß des Bundestages zu diesem Thema. Vgl. u. a. FAZ v. 28. Februar 1985.
- 15 Vgl. zur historischen Entwicklung zuletzt auch Th. Schnöring: Regionale Industrieproduktion und internationale Absatzmärkte am Beispiel der norddeutschen Küstenländer. — Husum 1982.
- 16 Vgl. zur strukturellen Entwicklung der westdeutschen Wirtschaft insgesamt die sog. Strukturberichte der 5 großen Forschungsinstitute.
- 17 Ausführliche Zahlen und Hinweise hierzu in der schon in Anm. 6 zitierten Studie. Diese Entwicklungen bestätigen damit auch zum Beispiel Niedersachsen die häufig gehörte Kritik, daß gerade die bisherige Regionalpolitik in peripheren Regionen nur allzu oft strukturschwache Branchen gefördert, z. T. sogar erst angesiedelt hat.
- 18 Einige Zahlen hierzu finden sich auch bei W. Crinius et al., a.a.O. Grundlegend zu diesen Problemen vgl. auch den schon oben zitierten Band von J. H. Müller: Determinanten der regionalen Entwicklung, a.a.O., darin besonders den Beitrag von K. Peschel.
- 19 Ähnliches gilt auch für den Maschinenbau, der in Niedersachsen 15 % seiner Beschäftigten entläßt (Baden-Württemberg: — 4 %, in Bayern und Schleswig-Holstein aber neue Arbeitskräfte einstellt).
- 20 Nach Angaben des Bayerischen Statistischen Landesamtes.
- 21 Die Folge: Nur sechs der 150 größten deutschen Firmen haben in Niedersachsen ihren Firmensitz. Darunter wiederum ist kein Unternehmen der Chemie- und Elektroindustrie, der Datenverarbeitung, der Luft- und Raumfahrttechnik oder gar der Informations- und Nachrichtentechnik, die alle zu den Wachstumsindustrien zählen. Wo aber die Großen fehlen, siedeln sich auch kaum Zuliefererbetriebe an.
- Grundsätzlich berührt dieser Sachverhalt das Problem der „funktionalen Arbeitsteilung“ zwischen Regionen, das in der Forschung zu Recht in letzter Zeit etwas stärker berücksichtigt wurde. Vgl. dazu u. a. R. W. Wetmann/H.-J. Ewers: Funktionale Disparitäten der regionalen Wirtschaftsstruktur als regional-politisches Problem. In: W. Bruder/Th. Ellwein: Raumordnung und staatliche Steuerungsfähigkeit. — Opladen 1980, S. 254 ff.; F.-J. Bade/A. Eickelpasch: Funktionale Arbeitsteilung und regionale Beschäftigungsstruktur. In: D. Garlicks et al. (Hg.): Regionalisierte Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. — Frankfurt 1983, S. 66 ff.
- 22 S. z. B. W. Vath: Ökonomische Stagnation und Raumordnungspolitik. In: W. Bruder/Th. Ellwein: Raumordnung und staatliche Steuerungsfähigkeit, a.a.O., S. 58 ff. In unterschiedlichem Ausmaß scheint diese These im übrigen für den gesamten norddeutschen Raum zuzutreffen.
- 23 Vgl. hierzu u. a. das immer noch klassische Standardwerk von J. Fourastié: Die große Hoffnung des Zwanzigsten Jahrhunderts. — Köln 1969.
- 24 Im übrigen muß dabei davon ausgegangen werden, daß sich die negativen Strukturprobleme im sekundären Sektor einerseits und im tertiären Sektor andererseits gegenseitig verstärken. Vgl. dazu zuletzt auch M. Köppel: Dienstleistungssektoren und regionale Entwicklung. In: Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung (Hg.): Süd-Nord-Gefälle in der Bundesrepublik, a.a.O., S. 33 ff.
- 25 Vgl. hierzu ausführlich v. a. die Studien des französischen Forschungsinstitutes CEPIL, v. a. ders. (Hg.): Économie mondiale: la montée des tensions. — Paris 1983, sowie die Strukturberichte der fünf westdeutschen Wirtschaftsforschungsinstitute.
- 26 Vgl. hierzu auch die Hinweise in Anm. 5. Zur Entwicklung in Niedersachsen vgl. speziell auch H. Legler: Internationale Wettbewerbsfähigkeit der niedersächsischen Wirtschaft (Forschungsberichte des NIW, Nr. 6). — Hannover 1983, sowie die in Anm. 6 genannte Studie. Zu den Problemen der internationalen Verflechtung für eine Teilregion Niedersachsens vgl. auch die Artikelserie G. Becher et al.: Regionale Strukturprobleme und ihre Folgen — Das Beispiel Südniedersachsen. In: Neues Archiv für Niedersachsen, Heft 1 — 3/1983.
- 27 So, wie schon erwähnt, auch R. Brune/M. Köppel: Das Nord-Süd-Gefälle verstärkt sich, a.a.O.
- 28 Vgl. hierzu etwa am Beispiel Baden-Württembergs M. Körber-Weik/H. Enke: Die Auslandsverflechtung Baden-Württembergs 1960 — 1979. Bestandsaufnahme und erste Analysen. — Tübingen 1981 sowie R. Brune/A. E. Ott: Anpassung an veränderte internationale Angebots- und Nachfragestrukturen: Das Ruhrgebiet und Baden-Württemberg im Vergleich. In: Beihefte der Konjunkturpolitik, Heft 29/1982: Die westdeutsche Wirtschaft im internationalen Wettbewerb, S. 83 ff, sowie die schon in Anm. 6 genannte Studie.
- 29 Vgl. z.B.: Der Niedersächsische Minister für Wirtschaft und Verkehr: Antwort auf eine Große Anfrage, betr.: Strukturpolitik in Niedersachsen. In: Niedersächsischer Landtag, Drucksache 10/1904.
- 30 Ähnlich im Ergebnis die Arbeit von P. Klemmer: The Regional Impact of Multinational Corporations. In: Investment and Divestment Policies of Multinational Corporations in Europe. Hrsg.: European Centre for Study and Information on Multinational Corporations. — Northamptonshire 1979, S. 187 ff.
- 31 Vgl. dazu auch die schon mehrfach zitierten Strukturberichte der 5 Wirtschaftsforschungsinstitute.
- 32 Vgl. hierzu im einzelnen die in Anm. 6 genannte Studie.